Schweizerisches Bundesblatt.

28. Jahrgang. II.

Nr. 19.

6. Mai 1876.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.
Einrückungsgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind franko an die Expedition einzusenden.
Druk und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei in Bern.

Bericht

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über seine
Geschäftsführung im Jahre 1875.

Geschäftskreis des politischen Departements.

I. Beziehungen mit dem Auslande.

A. Abgeschlossene oder ratifizierte Verträge.

Im leztjährigen Geschäftsbericht zeigten wir an, daß der Handels- und Niederlassungsvertrag zwischen der Schweiz und Dänemark unterm 10. Februar 1875 in Paris unterzeichnet worden. Dieser Vertrag wurde dann ratifizirt: von der Bundesversammlung am 16. und 18. März, und von Seite Dänemarks am 10. Juni gleichen Jahres. Im Weitern ist unterm 22. Mai ein Zusatzartikel über Auslegung der Artikel 1 und 2 des Vertrags, betreffend Ausübung von Berufsarten im Allgemeinen, in Paris durch die Bevollmächtigten der beiden Regierungen unterzeichnet worden. Die Ratifikationen wurden am 10. Juli ausgewechselt.

Am 17. Dezember 1875 erfolgte zwischen dem Bundespräsidenten und Herrn General von Roeder, Minister Deutschlands in

der Schweiz, der Austausch der Ratifikationen der Uebereinkunft zwischen der Schweiz und dem Großherzogthum Baden über Anwendung gleichartiger Bestimmungen für die Fischerei im Rhein und seinen Zuflüssen, einschließlich des Bodensees. Diese am 25. März gleichen Jahres abgeschlossene Uebereinkunft war von der Schweiz am 30. November und vom Großherzogthum Baden am 5. Dezember ratifizirt worden.

Eine weitere Auswechslung der Ratifikationen fand am 28. Dezember 1875 statt zwischen dem Bundespräsidenten und dem General von Roeder in Bezug auf den Staatsvertrag zwischen der Schweiz und dem Großherzogthum Baden, betreffend die Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen bei Schaffhausen und bei Stühlingen, welcher Vertrag am 21. Mai 1875 unterzeichnet, am 29. Juni und 2. Juli von der Bundesversammlung und am 9. Dezember vom Großherzogthum Baden ratifizirt wurde.

Trotz unserer dringenden Verwendung bei der Regierung von Portugal konnten wir noch immer nicht den Austausch der Ratifikationen des zwischen der Schweiz und Portugal am 6. Dezember 1873 abgeschlossenen Handelsvertrages erwirken.

Vormerkungsweise erwähnen wir hier noch, daß am 7. Dezember 1875 in Bern ein Niederlassungsvertrag zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn unterzeichnet worden ist. Die Bundesversammlung hat diesen Vertrag am 13/16. Dezember ratifizirt und es wird die Auswechslung der Ratifikationen nächstens erfolgen.

B. Erklärungen, Aufkündungen und Modifikationen bestehender Uebereinkünfte, Beitrittserklärungen etc.

Wir haben mit der Regierung von Italien Erklärungen ausgetauscht, betreffend gegenseitige unentgeltliche Verpflegung von Armen, welche auf Gebiet des andern Staates erkranken oder sterben. Diese vom 6. und 15. Oktober 1875 datirten Erklärungen fußen auf dem Grundsatz, daß ein Ersatz der Pfleg- oder Beerdigungskosten nicht gefordert werden kann, außer wenn der Unterstützte oder seine Familie im Stande ist, sie zu vergüten. Für diesen Fall sichern sich die beiden Staaten gegenseitig ihren Beistand zu, um die Kostenvergütung zu erwirken.

Bei diesem Anlaße haben wir uns die Frage vorgelegt, ob es nicht zweckmäßig wäre, auch mit andern Staaten ähnliche Vereinbarungen abzuschließen; denn durch eine gleichmäßige Regelung dieser Unterstützungsfragen vermeidet man in vielen Fällen langwierige Erörterungen. Man wird übrigens bemerken, daß die mit

Italien ausgetauschten Erklärungen die gleichen Grundsätze zur Grundlage haben, wie das Bundesgesetz vom 22. Juni 1875 über die Kosten der Verpflegung erkrankter und der Beerdigung verstorbener armer Angehöriger anderer Kantone.

Die hier aufgeworfene allgemeine Frage ist noch Gegenstand der Prüfung; wir hoffen aber, das Ergebniß derselben in unserm nächsten Geschäftsberichte mittheilen zu können.

Bereits im Laufe des Jahres 1874 hatte Frankreich bei der Schweiz den Austausch von Erklärungen angeregt betreffend gegenseitige Mittheilung von Civilstandsakten. Die Unterhandlungen führten zu der am 1. Dezember 1875 erfolgten Auswechslung solcher Erklärungen, worauf wir mit Botschaft vom 14. Dezember bei Ihrer hohen Versammlung die vorbehaltene Ratifikation nachsuchten. Der Nationalrath lehnte dieselbe jedoch ab und beharrte definitiv auf seiner ablehnenden Schlußnahme, während der Ständerath geneigt gewesen wäre, die ausgetauschten Erklärungen zu ratifiziren. Nach diesem Scheitern der Angelegenheit mußten wir der französischen Regierung Kenntniß geben von dem Ergebnisse der Berathungen der Bundesversammlung, sowie von den Motiven der Schlußnahme des Nationalraths. Wir bemerkten, daß mehrere Kantone sich über das System Frankreichs beschwerten, die Söhne, welche von französischen Eltern vor der Naturalisation ihres Vaters in der Schweiz geboren wurden, als Franzosen zu betrachten und als solche zum Militärdienst anzuhalten, — und daß, wenn Frankreich diesen Anspruch fallen ließe, die Bundesversammlung wohl nicht anstehen würde, die zwischen den beiden Regierungen ausgetauschten Erklärungen zu ratifiziren.

Die Unterhandlungen betreffend die Revision der Konsularkonvention zwischen Brasilien und der Schweiz vom 26. Januar 1861 sind noch nicht zu Ende gediehen; wir haben daher demdiesfalls in unserm vorigen Berichte Gesagten nichts beizufügen. Uebrigens können wir bestätigen, daß die Beziehungen unserer Konsularagenten mit den brasilianischen Behörden noch immer eben so gut als früher sind, ungeachtet der Aufkündigung der Uebereinkunft, und daß das gegenwärtige Provisorium bis anhin keinen praktischen Uebelstand dargeboten hat.

Solange die Frage eines internationalen Vertrages über die Geseze und Gebräuche des Krieges noch schwebend ist, schien es nicht zeitgemäß, die Unterhandlungen betreffend die Ratifikation der Zusatzartikel zur Genferkonvention oder die Revision dieser Konvention wieder aufzunehmen. Uebrigens werden wir diese Frage nicht aus dem Auge lassen, vielmehr dieselbe wieder in Anregung bringen, sobald sich dies ohne Anstand thun läßt.

Ihren Beitritt zur Genferkonvention haben erklärt: der Präsident der Republik San Salvador namens dieses Staates, mit Erklärung vom 30. Dezember 1874, und der Fürst von Montenegro mit Erklärung vom 29/17. November 1875. Diese zwei Beitritts-erklärungen haben wir den Signatarstaaten mitgetheilt.

C. Projektirte Verträge.

In unserm letzten Geschäftsberichte zeigten wir an, daß die Pforte Anfangs 1875 endlich eine Antwort auf die Vorschläge gegeben habe, die wir derselben im November 1873 bezüglich des Beitritts der Schweiz zum 1867er Protokoll über Erwerbung von Grundeigenthum in der Türkei durch Ausländer gemacht hatten. Diese Antwort, welche sich darauf beschränkte, die Discussion auf ein anderes Terrain zu verlegen, förderte die Frage um Nichts, machte vielmehr den Eindruck, sie nur hinausschieben zu wollen. Wir konnten uns daher überzeugen, daß wir auf dem bis dahin befolgten Wege zu keinem Ergebnisse gelangen würden. Bevor es jedoch möglich war, durch einen andern Kanal die Unterhandlungen wieder aufzunehmen, traten die Wirren in der Herzegowina ein. Bei diesem Stande der Dinge schien uns in der That keine Hoffnung dafür vorhanden zu sein, die durch innere Angelegenheiten vollauf in Anspruch genommene Pforte bewegen zu können, auf die Anträge einzutreten, welche wir ihr vorzulegen wünschten; wir mußten vielmehr finden, es sei besser, die Sache einstweilen auf sich beruhen zu lassen.

Deutschland, welches gewünscht hatte, die Fortsetzung der im Jahr 1874 von ihm angeknüpften Unterhandlungen über Mittheilung der Civilstandsakten bis zur Annahme des Reichsgesetzes über den Civilstand zu verschieben, machte uns noch keine Eröffnung betreffend Wiederaufnahme dieser Unterhandlungen.

Wie wir im vorhergehenden Berichte bemerkten, hatte die kaiserliche Regierung von Rußland im September 1874 die Regierungen der Staaten, welche an den Berathungen der Brüsseler Konferenz über die Geseze und Gebräuche im Kriege theilgenommen haben, eingeladen, ihr die Schlüsse, Bemerkungen oder Vorschläge mitzutheilen, zu denen sie durch die Prüfung der Arbeiten der Konferenz veranlaßt sein könnten. Wenn die kaiserliche Regierung (wurde bemerkt) sich im Besitze dieser Materialien befinde, so werde sie darauf bedacht sein, sei es die Punkte, über welche Einverständniß herrsche, in einem zum Austausch von Erklärungen zwischen den Mächten bestimmten Akte niederzulegen, sei es ihnen einen neuen Entwurf zu unterbreiten, sei es endlich eine neue

Zusammenkunft der Delegirten oder Vertreter der Regierungen zu veranstalten, um die auseinandergehenden Ansichten einer schließlichen Vereinbarung entgegenzuführen, welche in einem endgültigen Akte formulirt würde.

Mit Note vom 17. Juni 1875 hat sodann die russische Gesandtschaft in Bern uns ein Kreisschreiben der kaiserlichen Regierung an ihre diplomatischen Vertreter im Auslande mitgetheilt. Dasselbe, datirt vom 20. Mai/1. Juni 1875, bringt den Regierungen, welche an der Brüsseler Konferenz theilgenommen haben, die Mittheilung in Erinnerung, welche im September des vorhergehenden Jahres an sie gerichtet wurde in Betreff des Ganges, der für das aus dieser Konferenz hervorgegangene Projekt befolgt werden sollte. Erst wenn die Regierung die betreffenden Antworten kenne, werde sie beurtheilen können, welche Folge dem Brüsseler Projekte zu geben und insbesondere, ob eine neue Konferenz zeitgemäß sei. Im Weiteren finde die kaiserliche Regierung für nöthig, zu erinnern, daß die Prüfung des Brüsseler Entwurfs nicht vom Standpunkte des Abschlusses eines internationalen Vertrages aus stattzufinden habe. Diese Lösung sei von der Brüsseler Konferenz selbst abgeschlossen worden. Es handle sich einfach darum, die bestehenden Regeln des internationalen Kriegsrechtes einverständlich auszulegen und zu vervollständigen, wobei die Regierungen durch Austausch gegenseitiger Erklärungen sich verpflichten würden, diese Regeln zur Grundlage für die ihren eigenen Armeen zu ertheilenden Instruktionen zu nehmen. In unserer Antwort glaubten wir erklären zu sollen, daß nach unserer Ansicht das Werk der Brüsseler Konferenz von der Schweiz erst nach einer entsprechenden Revision desselben acceptirt werden könnte, und daß wir nicht anstehen würden, uns bei einer allfälligen neuen Konferenz vertreten zu lassen.

Seither erhielten wir keine Mittheilung darüber, welche weitere Folge man den Unterhandlungen zu geben gedenke; namentlich erfuhren wir nichts davon, daß eine zweite Konferenz beschlossen und der Zeitpunkt für dieselbe festgesetzt worden wäre.

Mit Note vom 4. März 1875 gab uns die Gesandtschaft Großbritanniens in der Schweiz den Wunsch ihrer Regierung kund, mit der Schweiz eine Vereinbarung abzuschließen über Erbschafts- und Vermächtnißsteuern, welche in Todesfällen von Angehörigen des einen Staates, welche auf dem Gebiete des andern sterben, bezogen werden können.

Wir richteten am 12. März 1875 folgendes Kreisschreiben an sämtliche eidgenössische Stände:

„Wir haben unterm 27. August 1872 im Namen des Kantons Waadt eine Vereinbarung mit der königlich Großbritannischen

Regierung in Betreff des gegenseitigen Bezugs von Erbschafts- und Vermächtnißsteuern eingegangen. Mit Zuschrift vom 4. laufenden Monats spricht nun die Großbritannische Gesandtschaft zufolge Auftrags der königlichen Regierung den Wunsch aus, ein gleichartiges Uebereinkommen auch mit den übrigen eidg. Ständen zu treffen. Sie ersucht uns, diesen Wunsch den Kantonsregierungen mitzutheilen und Hochdieselben anzufragen, ob Sie geneigt seien, Erklärungen über Erbschaftssteuern auszuwechseln und zu einer Verständigung im Sinne des Abkommnisses vom 27. August 1872 (vergleiche Amtliche Sammlung X, 1011) Hand zu bieten.

„Wir geben diesem Ansinnen mit gegenwärtigem Schreiben an sämtliche Kantonsregierungen, Waadt ausgenommen, und unter Mittheilung eines Abdruckes mehrerwähnter Erklärung Folge, indem wir Sie ersuchen, den Vorschlag in Erdauerung zu ziehen und sich darüber thunlich bald vernehmen zu lassen, wobei insbesondere folgende drei Fragen zu beantworten sein werden:

- 1) Sind Sie geneigt, mit Großbritannien eine Vereinbarung über den Bezug von Erbschafts- und Vermächtnißsteuern auf dem Vermögen der in Großbritannien niedergelassenen Bürger Ihres Kantons und der auf Ihrem Kantonsgebiete niedergelassenen Britischen Unterthanen abzuschließen?
- 2) Zustimmenden Falles wollen Sie eine Erklärung wie diejenige der Regierung des Kantons Waadt auswechseln?
- 3) Haben Sie Aenderungen oder Ergänzungen derselben vorzuschlagen und welche?

„Nach Eingang der Antworten sämtlicher Kantonsregierungen werden wir deren Bemerkungen der Großbritannischen Gesandtschaft zur Kenntniß bringen.“

Aus den Antworten der Kantonsregierungen auf dieses Kreis Schreiben ist ersichtlich, daß eine Vereinbarung, wie die von Großbritannien vorgeschlagene, auf Schwierigkeiten stoßen wird, so lange die Begriffe Wohnort, Niederlassung, Aufenthalt nicht durch ein Bundesgesetz definirt sind; denn es herrscht zur Zeit eine große Verwirrung in der Auffassung dieser Ausdrücke in den verschiedenen Kantonen der Schweiz. Wir machten daher der großbritannischen Regierung den Vorschlag, den Erlaß des im Art. 47 der Bundesverfassung vorgesehenen Bundesgesetzes, welches den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt bestimmen soll, abzuwarten.

Artikel 8 des Postvereinsvertrags vom 9. Oktober 1874 schreibt vor: „Der auf den Postdienst bezügliche amtliche Schrift-

wechsel ist portofrei. Im Uebrigen finden weder Porto-Befreiungen noch Ermäßigungen statt.“

Es bestanden nun aber früher besondere Abkommen zwischen einzelnen auswärtigen Regierungen und Schweizerkantonen, durch welche sich die betreffenden Staaten Portofreiheit für ihre Korrespondenz zusicherten. Nachdem diese Uebereinkommen durch den obcitirten Art. 8 dahingefallen, hat man von verschiedenen Seiten das Ansuchen an uns gestellt, den Abschluß einer Vereinbarung zu erwirken, durch welche die zum Postverein gehörenden Staaten sich verpflichten würden, gegen Reciprocität ihre Korrespondenz mit der Schweiz zu frankiren, um die in Art. 3 des Vertrags für unfrankirte Korrespondenzen vorgesehene Doppeltaxe zu vermeiden.

Wir haben diesem Wunsche Folge gegeben, indem wir unterm 12. November an alle Staaten des Postvereins eine Zirkularnote richteten, welche ihnen den Austausch von Erklärungen in angedeuteten Sinne vorschlägt. Ihre Antworten sind uns noch nicht eingegangen.

Schon vorher hatten wir mit dem Großherzogthum Baden auf sein Ansuchen vereinbart, daß die amtliche Korrespondenz zwischen den beiden Staaten frankirt werden solle. Diese Verfügung wurde den eidgenössischen Ständen durch Kreisschreiben vom 12. November zur Kenntniß gebracht, und die badische Regierung ihrerseits theilte uns mit, daß sie mittelst Bekanntmachung vom 23. Oktober im Amtsblatte die erforderlichen Weisungen an die verschiedenen Behörden des Großherzogthums Baden erlassen habe, um die Einhaltung der zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Vereinbarung zu sichern.

Spezialfälle.

Am 4. Januar 1875 haben wir Herrn Oberst Siegfried, Chef des Stabsbüreaus, beauftragt, den Vermarktungsoperationen beizuwohnen, welche im Laufe des Jahres, in Vollziehung des Schiedspruches vom 23. September 1874 betreffend die Grenze zwischen der Schweiz und Italien auf der Cravairola-Alp vorzunehmen waren (siehe Geschäftsbericht für 1874, Seite 19).

Italien ließ sich dabei durch Hrn. Philipp Terzaghi, Stabsmajor, und die Regierung von Tessin durch Hrn. Ingenieur Luigi Viglieso von Lugano vertreten. Die Grenzsteinsetzung fand am 7. September statt, und es wurde dabei ein Protokoll unterzeichnet, von welchem uns durch Hrn. Siegfried ein Doppel zugestellt wurde, das wir in's eidgenössische Archiv niederlegten. Diese Angelegenheit der Alp

Cravairola, die wir seit so vielen Jahren in jedem Geschäftsberichte bei Ihrer hohen Versammlung zur Sprache bringen mußten, ist demnach jetzt endgültig erledigt.

Bereits voriges Jahr machten wir auf einen zwischen dem Kanton Thurgau und dem Großherzogthum Baden aufgetauchten Anstand aufmerksam, betreffend die Bauten und Dammarbeiten, welche vom Gebiete des Kantons Thurgau aus in den See hinein bis zu den Zugängen der Stadt Konstanz stattfinden. Wir bemerkten, daß wir mit Note vom 20. November die diesfalls vom Großherzogthum Baden erhobene Reklamation abgelehnt haben und daß wir noch nicht im Besize seiner Antwort seien. Diese Antwort, welche uns am 15. und 24. Juni 1875 zugekommen ist, hat uns gezeigt, daß zwischen den beiden Regierungen Meinungs-differenzen über die grundsätzliche Frage walten.

Es ist jedoch unbestreitbar, daß, wenn man die durch die großherzogliche Regierung den Verträgen gegebene Auslegung annehmen wollte, die Grenze zwischen den beiden Ländern in einer so vagen und unpraktischen Weise defnirt würde, daß eine neue Abgrenzung durchaus nothwendig erscheint. Mit Rücksicht auf diese Sachlage glaubten wir der badischen Regierung vorschlagen zu sollen, auf freundschaftlichem Wege eine Lösung zu suchen, welche geeignet wäre, die beiden Parteien zu befriedigen. Ihre Antwort ist uns noch nicht zugekommen.

In der Gemeinde Thônex, im Kanton Genf, sollte der Pfarrer, der sich geweigert hatte, den vom Geseze geforderten Eid zu leisten, entlassen werden. Es wurde ihm jedoch gestattet, provisorisch seine Funktionen fortzusezen. Inzwischen machte die Botschaft von Frankreich in Bern, im Laufe des Monats August 1875, uns aufmerksam, daß die Kirche und zugehörigen Gebäude von Thônex der Pfarrgemeinde Thônex und Gaillard angehören, indem dieser letztere Ort in Kultussachen mit Thônex verbunden sei und mit ihm eine einzige Pfarrgemeinde bilde. Gaillard sei aber ein französisches Dorf, und seine Einwohner haben stets ihre Verbindlichkeiten erfüllt durch Beisteuern an die Unterhaltung der den Kultuszweken dienenden Gebäude. Die Botschaft von Frankreich finde daher, daß die Regierung von Genf den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht ändern könnte, ohne die Eigenthumsrechte der Bewohner von Gaillard zu beeinträchtigen.

Die Regierung von Genf, welcher wir hievon Kenntniß gaben, erwiderte, daß zwischen der Gemeinde Gaillard und der Gemeinde Thônex kein Rechtsverband bestehe, und daß die auf dem Gebiete

der Gemeinde Thônex gelegenen, zu Kultuszwecken dienenden Gebäude ihr ausschließliches Eigenthum seien.

Es bestimme nämlich eine Uebereinkunft vom 11. Mai 1834 zwischen Sardinien und der Republik Genf ausdrücklich in Bezug auf die Gemeinden, von denen im Jahr 1816 von Seite Sardiniens nur eine Fraktion an die Schweiz abgetreten wurde, zu welchen Gemeinden eben auch Thônex gehörte, daß die Kirchen, Pfarrhäuser, Friedhöfe etc. ausschließliches Eigenthum derjenigen Gemeindefraktion sein sollen, auf deren Gebiet sie gelegen sind, ohne daß die andere Fraktion irgendeine Entschädigung dafür ansprechen könne. Die Regierung von Genf ist daher der Ansicht, daß wenn bisanhin die Bewohner von Gaillard fortgefahren haben, die Vortheile zu genießen, welche die Pfarrgemeinde Thônex ihren Einwohnern gewährt, dies lediglich auf einem Akt der Toleranz beruhe, und bestreitet, daß man an die ersten jemals die Forderung gestellt habe, an den Unterhalt der Gebäude beizutragen.

Wir ermangelten nicht, der Botschaft von Frankreich von der Anschauungsweise der Regierung von Genf Kenntniß zu geben.

II. Diplomatische und Konsularvertretung der Schweiz im Auslande.

A. Gesandtschaften.

Auf 31. Dezember 1875 gestaltet sich der Etat des Personals der schweizerischen Agentschaften im Auslande wie folgt:

P a r i s :	Hr. Dr. Kern, von Berlingen (Thurgau), außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.
	„ Dr. Lardy, von Neuenburg, Legationsrath.
	„ Roguin, von Yverdon (Waadt), Legationssekretär.
R o m :	„ J. B. Pioda, von Locarno, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.
	„ L. Pioda, von Locarno, Legationsrath.
W i e n :	„ v. Tschudi, von Glarus, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.
	„ A. de Claparède, von Genf, Legationsrath.

- Berlin:** Hr. B. Hammer, von Olten, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.
 „ de Claparède, von Genf, Legationsrath.
 „ de Freudenreich, von Bern, Legationssekretär.
- Washington:** „ J. Hitz, Generalkonsul und diplomatischer Agent.

B. Konsulate.

Im Personal des Konsularkorps sind folgende Aenderungen vorgekommen:

Konsulat in Lyon:

Hr. Edmond Vernet, von Genf, ersetzt den ausgetretenen Hr. Ruffer.

Vizekonsulat in Nizza:

Hr. Eduard Fischer, von Unterseen (Bern), ersetzt den ausgetretenen Hr. Zündel.

Konsulat in Liverpool:

Hr. Karl Ehrensperger, von Frauenfeld, früher Vizekonsul in Liverpool, ersetzt den ausgetretenen Hr. Forget.
 Das Vizekonsulat ist aufgehoben.

Konsulat in Triest:

Hr. A. Paris, von Peseux (Neuenburg), ersetzt Hr. Wilhelm Cloëtta.

Konsulat in Buda-Pest:

Hr. Heinr. Haggemacher, von Winterthur, ersetzt den ausgetretenen Hr. Keller.

Generalkonsulat in Lissabon:

Hr. Georges Torlades O'Neil, englischer Unterthan, ersetzt den ausgetretenen Hr. Manuel Joao da Silva.

Generalkonsulat in St. Petersburg:

Hr. Eugène Dupont, von Genf, ersetzt den ausgetretenen Hr. Philippin-Duval.

Konsulat in Moskau:

Hr. August Fäsy von Zürich wurde für diesen während einigen Monaten vakant gebliebenen Posten gewählt und ihm ein Vizekonsul in der Person des Hr. Ferdinand Luchsinger von Glarus beigegeben.

Vizekonsulat in Madrid:

Hr. Eduard Lardet, von Fleurier, ersetzt den ausgetretenen
Hrn. Bugnot.

Vizekonsulat in Philadelphia:

Hr. Werner Itchner, von Stäfa (Zürich), ersetzt den
ausgetretenen Hrn. Wildberger.

Generalkonsulat in Mexiko:

Hr. Albert Kienast, von Kilchberg (Zürich), ersetzt den
ausgetretenen Hrn. Louis Kienast.

Konsulat in Pernambuco:

Hr. August Wegelin von St. Gallen wurde für den
dortigen Konsulatsposten ernannt, dessen Erledigung wir
in unserm letzten Berichte anzeigen.

Konsulat in Bahia:

Hr. Julius Meili, von Hettlingen (Zürich), früherer Vize-
konsul, ersetzt als Konsul den ausgetretenen Hrn. Kohler.
Das Vizekonsulat ist aufgehoben.

Konsulate in Melbourne und Sidney:

Mit Befriedigung können wir Ihrer hohen Versammlung an-
zeigen, daß es uns endlich gelungen ist, die seit manchen
Jahren vakanten Konsulate in Melbourne und Sidney wieder
zu besetzen.

Hr. August Parrot von Frankfurt a. M. wurde zum Konsul
in Sidney und Hr. Guillaume de Pury, von Neuen-
burg, Friedensrichter zu Lillydale bei Melbourne, zum
Konsul in Melbourne gewählt.

Konsulat in Warschau:

Schon seit längerer Zeit konnten wir uns von der Noth-
wendigkeit überzeugen, in Warschau ein schweizerisches
Konsulat zu errichten, waren jedoch bis anhin nicht dazu
gekommen, in dieser Stadt eine Persönlichkeit zu finden,
welche sich für diese Stelle geeignet hätte und zu deren
Uebernahme bereit gewesen wäre.

Unsere Bemühungen haben nun endlich zum gewünschten
Erfolge geführt, indem Herr Semadeni, von Poschiavo,
im Laufe des letzten Jahres an den gedachten Posten be-
rufen wurde.

Konsulat in Montreal:

Die in Kanada, insbesondere in der Kolonie Montreal niedergelassenen Schweizer verlangten die Errichtung eines Konsulats in dortiger Stadt.

Wir glaubten diesem Wunsche entsprechen zu sollen, und ernannten Hrn. Nicolas, genannt Napoleon Aubin, von Genf, zum schweizerischen Konsul in Montreal.

Konsulat in Buenos-Ayres:

Dasselbe ist gegenwärtig in Folge Demission des Inhabers vakant. Bei der Wichtigkeit dieses Postens thaten wir sofort die nöthigen Schritte für Ersetzung des Demissionärs, leider aber bisanhin ohne Erfolg. Wir hoffen indessen, in nächster Zeit im Falle zu sein, eine Wahl treffen zu können.

Die Konsulate in Campinas und Genua wurden, in Folge Ablebens der Inhaber, auf Ende 1875 vakant.

Im Laufe des Jahres 1875 kamen uns verschiedene Anerbietungen zu für Uebernahme von Konsulatsposten in Béziers, Rouen, Lübeck, Karlsruhe, Gibraltar und Porto. Nach Einholung von Erkundigungen glaubten wir diese Anträge nicht annehmen zu sollen, da uns die Zweckmäßigkeit der Errichtung von Konsulaten auf diesen verschiedenen Plätzen nicht hinlänglich dargethan schien.

Der Voranschlag für 1875 setzte einen Kredit von Fr. 50,000 als Beitrag an die schweizerischen Konsulate aus.

Die Vertheilung geschah in folgender Weise:

Es erhielten:

Das Generalkonsulat in Washington	.	.	.	Fr. 16,000
„ „ „ Rio Janeiro	.	.	.	„ 9,000
Das Konsulat in Neu-York	.	.	.	„ 5,000
„ „ „ Havre	.	.	.	„ 5,000
„ Generalkonsulat in St. Petersburg	.	.	.	„ 3,000
„ Konsulat in Neu-Orleans	.	.	.	„ 2,000
„ „ „ Philadelphia	.	.	.	„ 2,000
„ „ „ Marseille	.	.	.	„ 2,000
„ „ „ Buenos-Ayres	.	.	.	„ 2,000
„ „ „ Bremen	.	.	.	„ 1,000
„ „ „ Genua	.	.	.	„ 1,000
„ „ „ Amsterdam	.	.	.	„ 1,000
„ „ „ Antwerpen	.	.	.	„ 1,000
				Fr. 50,000
			Kredit für 1875	

Da jedoch im Laufe des Jahres sich die Nothwendigkeit zeigte, auch noch andern Konsulaten eine Entschädigung zu gewähren, so hatten wir die Ehre, zu diesem Zwecke bei Ihrer hohen Behörde einen Nachtragskredit von Fr. 10,000 nachzusuchen. Dieser am 26. Juni und 2. Juli bewilligte Kredit wurde in folgender Weise verwendet:

Dem Konsulat in Moskau wurde zugesprochen eine jährliche Entschädigung von	Fr. 3,000
dem Konsulat in Lyon eine solche von	„ 4,000
	<hr/>
Total	Fr. 7,000
sodaß verfügbar blieben	„ 3,000
	<hr/>
Nachkredit	Fr. 10,000

In unserm vorjährigen Geschäftsberichte sagten wir, daß wir — im Begriffe stehend, die letzte Hand an die Revision des Reglements für die schweizerischen Konsulate zu legen — hierin durch den Umstand aufgehalten wurden, daß im Bundesgesetz über Zivilstand und Ehe eine Bestimmung Aufnahme gefunden hat, welche die Möglichkeit vorsieht, den Konsularbeamten neue Befugnisse einzuräumen für Konstatirung von Geburten und Todesfällen und für Abschließung von Ehen.

Sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes über den Zivilstand nahmen wir unsere Arbeit wieder auf und erließen dann unterm 26. Mai 1875 ein neues Reglement, welches mit dem 1. Januar 1876 in Kraft trat.

Die Revision des Reglements vom 1. Mai 1851 war zu wiederholten Malen, theils durch die Bundesversammlung, theils durch die Konsularbeamten selbst verlangt worden. Einzelne sachbezügliche Fragen bildeten den Gegenstand von Spezialbeschlüssen der Bundesversammlung. So wurden durch einen Beschluß vom 20. Juli 1872 (X. 936) und durch den Bundesbeschluß vom 18./22. Juli 1873 (Bundesblatt 1873, III, 369, Ziffer 2) diesfällige Einladungen an den Bundesrath gerichtet, namentlich dahingehend, zu untersuchen, ob es nicht möglich sei, Mittel der Ueberwachung aufzufinden, welche geeignet sein dürften, bei den schweizerischen Konsulaten im Auslande ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, wie solche beim schweizerischen Generalkonsulat in St. Petersburg stattgefunden haben.

Trozdem wir von der Dringlichkeit weitgehender Reformen durchdrungen waren, so fanden wir uns doch durch verschiedene Umstände aufgehalten, namentlich durch die Revision der Bundesverfassung, deren Ergebnisse abgewartet werden mußten, bevor unsere Arbeit zum Abschlusse reif war.

Die Aenderungen und Neuerungen, welche das neue Reglement enthält, basiren theils auf zwanzigjährigen Erfahrungen in der Konsularadministration, theils auf Wünschen, welche von den durch ein besonderes Kreisschreiben befragten Konsularbeamten selbst ausgesprochen wurden. An den wesentlichen Grundlagen unserer bisherigen Konsular-Organisation, welche den politischen Verhältnissen der Schweiz zu entsprechen scheint, ist nichts geändert. Wir haben uns darauf beschränkt, den neuen Bedürfnissen Genüge zu leisten, welche sich fühlbar gemacht haben, namentlich demjenigen einer größeren Aktionseinheit im Konsularkorps, welche auch bewirken soll, die Ueberwachung und die Kontrolle zu erleichtern und wirksamer zu machen.

Wir wollen hiemit keineswegs der Vermuthung Raum geben, unser Konsularkorps verdiene gegenwärtig weniger Zutrauen als früher, und es sei deßwegen eine strengere Reglementirung in den letzten Jahren nothwendig geworden. Wir halten im Gegentheil darauf, der Hingebung und dem Eifer, wovon unsere Konsularagenten stetsfort Zeugniß geben, hier unsere Anerkennung auszusprechen. Wir erfüllen diese Pflicht um so angelegentlicher, als die bei einigen unserer Konsulate vorgekommenen Erscheinungen die Meinung weken könnten, als hätte diesfalls eine allgemeinere Erschlaffung Platz gegriffen. Jene Erscheinungen sind durchaus vereinzelt geblieben, sodaß es ungerecht wäre, eine daheringe Verantwortlichkeit einer Mehrzahl von Bürgern aufzubürden, welche wir in den meisten Fällen auf der Höhe ihrer oft unangenehmen und heiklen Aufgabe gefunden haben. Unser Konsularkorps leistet im Allgemeinen was es kann und was es unter den Verhältnissen, in denen es sich befindet, leisten soll. Es verdient dies um so mehr hervorgehoben zu werden, als unsern Konsuln für ihre Arbeit keine andere Entschädigung zu Theil wird, als diejenige, welche für sie im Gefühle der erfüllten Pflicht und in der Anerkennung Seitens ihrer Landsleute liegt.

Es kann nicht unsere Absicht sein, die am frühern Reglement (von 1851) vorgenommenen Aenderungen im Detail darzulegen.

Wir verweisen diejenigen, welche diese Frage näher interessirt, auf den Text des neuen Reglements (A. Samml. n. F. I, 528), sowie auf das erläuternde Kreisschreiben an die diplomatischen und Konsular-Beamten der Eidgenossenschaft vom 4. Juni 1875 (Bundesblatt 1875, III, 779).

Das oben Gesagte kurz zusammenfassend, fügen wir bei, daß wir in dem neuen Reglement den Grundsatz der Hierarchie zwischen den Konsularbeamten unter sich und gegenüber unsern diplomatischen Agenten, welcher Grundsatz im Keime bereits im 1851er Reglement liegt, schärfer ausgeprägt haben.

In weiterer Ausführung des Reglements beschäftigen wir uns mit einer nähern Umgrenzung der Konsularbezirke, wo eine solche thunlich erschien.

Durch eine Umgrenzung des Geschäftskreises jedes einzelnen Konsuls erleichtert man die Kontrolle und vermeidet Kompetenzkonflikte.

Auch waren wir bemüht, bei unsern Konsuln mehr Interesse für die Abfassung der jährlichen Geschäftsberichte zu wecken und überhaupt ihre Thätigkeit für das eigentliche Handelswesen anzu-spornen.

Hinsichtlich der Mitwirkung der Konsularbeamten in Zivilangelegenheiten brachten wir die Bestimmungen des neuen Reglements mit den Grundsätzen in Einklang, welche durch die revidirte Bundesverfassung und durch das Bundesgesetz über Zivilstand und Ehe in unser öffentliches Recht eingeführt worden sind. Was die Kompetenz der Konsulate in Bezug auf Zivilstand betrifft, so beschränkten wir uns einstweilen darauf, in das Reglement den Grundsatz aufzunehmen, der im Art. 13 des Gesetzes ausgesprochen ist, dahingehend: Der Bundesrath kann die Konsularbeamten ermächtigen, Geburten und Todesfälle schweizerischer Angehöriger zu erwahren und Ehen zwischen Schweizern unter sich, sowie Ehen zwischen Schweizern und Ausländern abzuschließen. Das Reglement sieht überdies die Erlassung einer besondern Verordnung und die Aufstellung eines Tarifs hierüber vor.

Im Weitern wurden die Befugnisse der Konsuln betreffend Erbschaftsliquidationen näher präzisirt, unter Berücksichtigung der für solche Fragen maßgebenden internationalen Verträge.

Endlich untersagten wir den Konsularbeamten — hierin den von Ihrer hohen Behörde ausgesprochenen Wünschen nachkommend — in ihrer amtlichen Eigenschaft Geldhinterlagen anzunehmen oder die Verwaltung, die Uebermittlung, Einkassirung etc. von Werthbeträgen, Hinterlagen oder Darleihen zu übernehmen, ohne eine besondere Erlaubniß des Bundesrathes. Wir untersagten ihnen ferner, Aktenstücke, welche sie außerhalb der Ausübung ihrer öffentlichen Funktionen empfangen oder absenden, in ihrer amtlichen Eigenschaft zu unterzeichnen oder mit dem Konsularsiegel zu versehen.

Wir übergehen hier einige Detailbestimmungen, betreffend die gleichmäßigere Einrichtung der Konsularkanzleien, die Sicherung einer guten Aufbewahrung des Archivs, und die Regelung der Urlaube, Demissionen und Ernennungen. Der Gebührentarif wurde etwas erhöht, um ihn mit den materiellen Lebensverhältnissen in Einklang zu setzen.

Dies ist das Wesentliche der Aenderungen am Reglemente von 1851, welches nach 24jährigem Bestehen nunmehr durch dasjenige vom 26. Mai 1875 ersetzt ist.

Wie wir bereits oben andeuteten, beschäftigten wir uns auch mit der Feststellung von Konsularkreisen in den verschiedenen Staaten, wo diese Organisation noch nicht besteht.

Diese Arbeit ist für Deutschland beendet. Nachdem wir uns mit der deutschen Regierung verständigt, haben wir die dortigen Kreise wie folgt eingetheilt:

- I. Kreis: Konsulat in Hamburg, umfassend: Hamburg, Schleswig-Holstein, Lübeck, die beiden Mecklenburg und Lauenburg.
- II. Kreis: Konsulat von Bremen, umfassend: Bremen, Oldenburg, Hannover, Westphalen, Braunschweig, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Waldeck und Pyrmont.
- III. Kreis: Konsulat von Leipzig, umfassend: Sachsen (Königreich), Sachsen-Weimar (Großherzogthum), die Herzogthümer Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Anhalt, die Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß, ältere und jüngere Linie.
- IV. Kreis: Konsulat von Berlin, umfassend: Provinzen Brandenburg, Sachsen, Posen, Schlesien und Pommern.
- V. Kreis: Vizekonsulat von Königsberg: Provinz Preußen.
- VI. Kreis: Frankfurt a./M., umfassend: Provinzen Hessen, Nassau, Rhein und Großherzogthum Hessen.
- VII. Kreis: Konsulat von München, umfassend: Königreich Bayern.
- VIII. Kreis: Konsulat von Stuttgart: Königreich Württemberg.
- IX. Kreis: Konsulat von Karlsruhe oder Straßburg, umfassend: Großherzogthum Baden, Elsaß-Lothringen und Pfalz.

Wir sehen also die Errichtung neuer Konsulate in Berlin, Königsberg, Frankfurt a. M., München, Stuttgart und Karlsruhe oder Straßburg vor. Uebrigens werden wir günstige Anlässe abwarten, um zur Besetzung dieser verschiedenen Posten zu schreiten, wobei einstweilen die Geschäfte für diese Kreise wie früher durch die schweizerische Gesandtschaft in Berlin besorgt werden.

Die Frage der Organisation von Konsularkreisen in Rußland und Frankreich unterliegt noch der Prüfung.

III. Auswärtige Gesandtschaften und Konsulate in der Schweiz.

A. Gesandtschaften.

Die einzige Aenderung, welche im Personal des diplomatischen Korps in Bern vorkam, ist die Ersetzung des Herrn Grafen de la Almina, Geschäftsträger der Spanischen Republik, durch Herrn Vicomte de Manzanera, der am 19. August 1875 als bevollmächtigter Minister Spaniens in Bern beglaubigt wurde.

B. Konsulate.

Im Jahre 1875 ist das eidgenössische Exequatur ertheilt worden: der Ernennung des Herrn François Grecchi zum italienischen Konsulin Lugano, in Ersetzung des verstorbenen Herrn Chiora.

IV. Hilfsgesellschaften.

Der im Budget für 1875 für die schweizerischen Hilfsgesellschaften ausgesetzte Kredit von Fr. 12,000 wurde wie folgt vertheilt:

Vertheilungsliste für 1875:

1.	Philhelvetische Gesellschaft in Brüssel . . .	Fr.	150
2.	Gesellschaft Helvetia in Augsburg . . .	"	75
3.	Schweiz. Hilfsgesellschaft in München . . .	"	75
4.	" Hilfskasse in Hamburg . . .	"	200
5.	" Wohlthätigkeitsgesellschaft in Berlin . . .	"	350
6.	" Gesellschaft Helvetia in Frankfurt a. M. . .	"	100
7.	" Gesellschaft in Leipzig . . .	"	75
8.	" Hilfsgesellschaft Helvetia in Eßlingen . . .	"	50
9.	" Gesellschaft Helvetia in Stuttgart . . .	"	75
10.	" " " " Mannheim . . .	"	100
11.	" Wohlthätigkeitsgesellschaft in Bordeaux . . .	"	250
12.	" " " " Marseille . . .	"	800
13.	Helv. Gesellsch. f. gegenseitige Unterstützung i. Nizza . . .	"	150
14.	Helvetische Wohlthätigkeitsgesellschaft in Paris . . .	"	1,400
15.	Schweiz. Gesellsch. f. gegenseitige Unterstütz. i. Paris . . .	"	500
16.	" " " " Lyon . . .	"	100

Uebertrag Fr. 4,450

	Uebertrag	Fr.	4,450
17. Schweiz. Hilfsfond-Gesellschaft in London . . .	"		400
18. Reformirte Kirche, Wohlthätigkeitskasse in Florenz . . .	"		100
19. Schweizerische Gesellschaft Concordia in Ancona . . .	"		150
20. Helvetische Wohlthätigkeitsgesellschaft in Genua . . .	"		100
21. Schweizerische Hilfskasse in Mailand	"		100
22. Helvetische Wohlthätigkeitsgesellschaft in Neapel . . .	"	1,150	
23. " " " Livorno	"		100
24. " " " Rom	"		150
25. Schweizerische Hilfsgesellschaft in Turin	"		150
26. Helvetische Wohlthätigkeitsgesellschaft in Venedig . . .	"		125
27. " Hilfsgesellschaft in Triest	"		100
28. Schweiz. Hilfsgesellschaft in Wien	"		200
29. " " " Pesth	"		50
30. " Wohlthätigkeitsgesellsch. in St. Petersburg	"		300
31. " " " Moskau	"		50
32. " " " Odessa	"		100
33. " Hilfskasse in Amsterdam	"		100
34. " Wohlthätigkeitsgesellsch. in Lissabon	"		125
35. " " " Neu-York	"	1,000	
36. " " " Washington	"		200
37. " " " Philadelphia	"		200
38. " Hilfsgesellschaft in San Francisco	"		400
39. " " " Boston	"		50
40. " Wohlthätigkeitsgesellsch. in Chicago	"		200
41. " " " Cincinnati	"		50
42. " Philanthr. Gesellsch. in Rio de Janeiro	"		300
43. " Wohlthätigkeitsgesellschaft in Bahia	"		100
44. " " " Valparaiso	"		100
45. " Philanthropische Gesellsch. i. Buenos Ayres	"		250
46. Diakonissenspital in Alexandrien	"		200
47. Schweiz. Hilfsgesellschaft in Cairo	"		150
48. " " " Alexandrien	"		200
49. " " " in St. Louis	"		200
50. " " " Köln Mülheim	"		50
51. Helvetische Wohlthätigkeitsgesellschaft in Algier	"		100
52. Schweiz. Gesellschaft in Bukarest	"		150
53. " Hilfsgesellschaft in Straßburg	"		100

Fr. 12,000

Es haben also im Jahr 1875 dreiundfünfzig Gesellschaften an dem Bundesbeitrage für die Wohlthätigkeitsgesellschaften Theil genommen. Zur Grundlage bei der Vertheilung dieses Kredits nahmen wir die Finanzverhältnisse der verschiedenen Gesellschaften und die

von ihnen geleisteten Dienste. So ließen wir eine Erhöhung des Betrags von Fr. 1000 auf Fr. 1150 eintreten für die Gesellschaft in Neapel, welche, nachdem sie im Jahre 1874 Unterstützungen im Betrage von Fr. 7938. 44 ausgetheilt, ihre Rechnung mit einem Defizit von Fr. 1596. 33 abgeschlossen hat. Einige auf der Liste eingeschriebene Gesellschaften, welche den Bericht nicht eingesandt haben, sind von der Vertheilung ausgeschlossen worden. Es sind die Gesellschaften von Besançon, Barcelona, Neu-Orleans und Havanna.

Das Schweizerasyl in Paris verlangt keinen Beitrag. Neugegründete Gesellschaften, welche an der Bundessubvention Antheil nahmen, sind die Hilfsgesellschaften Köln Mülheim und Straßburg. Endlich erwähnen wir folgende acht Gesellschaften, die im Jahr 1875 gegründet, aber noch nicht in die Vertheilungsliste aufgenommen wurden:

1. Schweizerische Wohlthätigkeitgesellschaft in Madrid.
2. Schweizerische Gesellschaft für gegenseitige Unterstützung in Lyon.
3. Schweizerbund in Mannheim.
4. Wohlthätigkeitgesellschaft in Warschau.
5. Schweizerische Wohlthätigkeitgesellschaft in Florenz.
6. " " " Frankfurt a/M.
7. " " " in Riga.
8. " Gesellschaft für gegenseitige Unterstützung in Cannes.

Das Gesellschaftskapital der schweizerischen Gesellschaften, welche im Jahr 1875 an der Bundessubvention Antheil gehabt haben, belief sich auf Ende des Geschäftsjahres 1874 auf Franken 406,677. 38, Ende 1873 auf Fr. 367,139. 12. Die Gesamtausgaben der Wohlthätigkeitgesellschaften erreichten im Jahre 1874 die Summe von Fr. 205,318. 92. Wegen nähern Einzelheiten verweisen wir auf die im Bundesblatte 1875, Bd. IV, Beilage zu Seite 512 erschienene Tabelle.

Diese Ziffern beweisen, daß das Mildthätigkeitswerk, dem sich die schweizerischen Gesellschaften im Auslande gewidmet haben, in voller Entwicklung begriffen ist. Pflicht des Bundes und der Kantone ist es aber, sie in dieser Aufgabe zu unterstützen und zu ermuntern. Dieß hat auch die Bundesversammlung gefunden, als sie im Budget für 1876 den früher hiefür ausgesetzten Kredit erhöhte.

Ein anderes Mittel, das philanthropische Werk, dessen Förderung sich die Gesellschaften zur Aufgabe machen, zu unterstützen, besteht darin, die vom Bunde und von den Kantonen bewilligten Beiträge so gerecht als möglich zu vertheilen. Bisher haben einzelne

Kantone die Summen, die sie für diese Gesellschaften bestimmten, denselben durch Vermittlung des Bundesrathes, andere dagegen direkt übermittelt.

Es schien nun wünschbar, die Mitwirkung des Bundes und der Kantone besser zu kombiniren und zu diesem Zwecke alle Unterstützungen in unserer Hand zu konzentriren. Selbstverständlich werden die Kantone wie bisher ihre Beiträge nach ihrem Belieben bestimmen; nur wird der Bundesrath in den Stand gesetzt, die Gaben in Berücksichtigung zu ziehen, welche die Gesellschaften von anderer Seite erhalten, um dann den Bundesbeitrag darnach zu bemessen. Wir richteten daher an die eidgenössischen Stände unterm 20. Oktober 1875 ein Kreisschreiben, welches ihnen vorschlägt, ihre Beiträge uns zur Beförderung an ihre Bestimmung zu übersenden (Bundesblatt 1875, IV, 511).

V. Innere Angelegenheiten.

Die einzige innere Angelegenheit, mit welcher das politische Departement sich zu befassen hatte, bilden die von verschiedenen Seiten gegen den Beschluß des Regierungsrathes des Kantons Bern vom 30. Januar 1874, welcher einer Anzahl katholischer Priester den Aufenthalt in den Bezirken des bernischen Jura untersagt, ergriffenen Rekurse. Da diese Angelegenheit vor Ihre hohe Behörde gebracht und zu verschiedenen Malen im Schoße derselben diskutirt wurde, so beschränken wir uns hier darauf, ihre verschiedenen Phasen kurz in Erinnerung zu bringen.

Die ersten Rekurse gegen die angedeutete Ausweisungsmaßregel datiren vom Februar 1874 und rühren von der katholischen Fraktion des bernischen Großen Rathes, sowie von den ausgewiesenen Priestern her.

Diese Rekurse wurden durch unsern Beschluß vom 26. März 1874 abgewiesen. Am 30. Juni rekurirten die katholischen Mitglieder des Großen Rathes des Kantons Bern hiegegen an die Bundesversammlung. Auf der andern Seite wendeten sich die ausgewiesenen Priester neuerdings an den Bundesrath, indem sie verlangten, in die Bezirke des bernischen Jura zurückkehren zu dürfen. Hiebei machten sie ein neues, aus der am 29. Mai 1874 in Kraft getretenen revidirten Bundesverfassung hergeleitetes Motiv geltend, nämlich die Bestimmung von Art. 44, welche besagt, daß kein Kanton einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verweisen dürfe.

Dieser Rekurs wurde an den Regierungsrath des Kantons Bern zur Berichterstattung gesandt, nebst einer im gleichen Sinne von

9100 Unterzeichnern aus der katholischen Bevölkerung des bernischen Jura eingegebenen Protestation. Am 19. März 1875 beschloß die Bundesversammlung, auf die bei ihr anhängigen Rekurse nicht einzutreten, sondern die Schlußnahme des Bundesrathes über die neuern Rekurse vorher abzuwarten. Durch unsern Beschluß vom 27. März verfügten wir sodann, ohne auf das Materielle der Frage einzutreten, die bernische Regierung einzuladen, uns zu berichten, ob sie die Ausweisungsmaßregel gegen die betreffenden katholischen Priester noch länger fortbestehen zu lassen gedenke. Wenn ja, so seien die Gründe näher auseinanderzusetzen, welche nach ihrem Dafürhalten die Aufrechthaltung dieser Ausnahmsmaßregel nothwendig machen.

Endlich haben wir durch Beschluß vom 31. Mai 1875 die Regierung von Bern eingeladen, ihren Beschluß vom 30. Januar 1874, betreffend Ausweisung einer Anzahl katholischer Geistlicher aus den jurassischen Bezirken, aufzuheben, und haben ihr hiefür eine Frist von zwei Monaten eingeräumt.

Infolge Rekurses hiegegen hat die Bundesversammlung, durch motivirten Beschluß vom 29. Juni 1875, die Dispositive unserer Schlußnahme bestätigt, jedoch unter Erstreckung des der bernischen Regierung für die Zurückziehung ihrer Schlußnahme einzuräumenden Termins bis Mitte November.

Bericht des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1875.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1876
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	19
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.05.1876
Date	
Data	
Seite	185-205
Page	
Pagina	
Ref. No	10 009 084

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.